

Fortschrittsbericht
zur Umsetzung
der Leitlinien der Bundesregierung
zum Indo-Pazifik
für das Jahr 2024

Vorwort: Deutsche Indo-Pazifik-Politik in einem zunehmend komplexen internationalen Umfeld

Der Indo-Pazifik ist bedeutend für Wohlstand und Sicherheit Deutschlands und der Europäischen Union. Nahezu 40 Prozent des deutschen Außenhandels außerhalb der EU findet in der Region statt. Das macht auch die Seewege zwischen dem Indo-Pazifik und Europa zu wichtigen Lebensadern für Europa. Lieferketten für Halbleiter oder kritische Rohstoffe aus der Region sind von großer Bedeutung für das Funktionieren der deutschen und auch globalen Wirtschaft. Deutschlands Partner im Indo-Pazifik sind gleichzeitig zentrale Akteure bei der Lösung globaler Herausforderungen und um die Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Aufgrund seiner starken Verflechtung ist Deutschland besonders sensibel für die Entwicklungen im Indo-Pazifik, wo Unsicherheiten und Herausforderungen deutlich zugenommen haben. Die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel sind im letzten Jahr weiter gestiegen: Nordkorea tritt noch aggressiver auf, intensiviert seine Rüstungsprogramme und hat im Zuge umfangreicher, illegaler Waffentransfers nach Russland eine umfassende strategische Partnerschaft mit Russland geschlossen. In diesem Rahmen unterminiert Russland zunehmend das Sanktionsregime des VN-Sicherheitsrates gegen die nordkoreanischen Nuklear- und Raketenprogramme. Im Südchinesischen Meer haben angesichts expansiver maritimer Ansprüche Chinas die Spannungen weiter zugenommen. Dadurch steigt die Gefahr einer, auch ungewollten, Eskalation. Deutschland tritt konsequent für die Einhaltung des Völkerrechts, insbesondere des VN-Seerechtsübereinkommens ein. Klar bleibt auch: Eine Veränderung des Status Quo in der Straße von Taiwan darf nur friedlich und im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen. Deutschland setzt sich für Deeskalation ein. Eine Eskalation würde auch deutsche und europäische Interessen berühren.

Unsere Partner im Indo-Pazifik gestalten das internationale Umfeld stärker als früher mit und erweitern damit ihre Handlungsspielräume. Japan hat seinen G7-Vorsitz 2023 genutzt, um die Bedeutung indo-pazifischer Staaten als wichtige globale Akteure zu stärken. Indonesien und Indien haben während ihrer G20-Vorsitze 2022 und 2023 Interessen und Erwartungen des sogenannten Globalen Südens priorisiert. Die Volkswirtschaften Südasiens und Südostasiens – allen voran die indische – sind Wachstumstreiber der Weltwirtschaft und gewinnen auch zunehmend an Bedeutung für Deutschland. Dies zeigt sich u.a. daran, dass 2023 Chinas Anteil an Deutschlands Außenhandel deutlich gesunken ist, während der Handel mit den Staaten Süd- und Südostasiens relativ hierzu zunahm.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat vielfältige Auswirkungen auf Akteure im Indo-Pazifik, etwa auf die koreanische Halbinsel, und wird umgekehrt auch von diesen mit beeinflusst. Dem trägt die Bundesregierung Rechnung, wenn sie Fragen der Sicherheit im Indo-Pazifik und in Europa gemeinsam mit den Partnern aus der Region betrachtet. Chinas stark gestiegene Lieferungen von Gütern mit doppeltem

25.09.2024

Verwendungszweck – zivil und militärisch – an die russische Rüstungsindustrie gefährden durch ihren Einsatz in der Ukraine die Sicherheit in Europa.

Der durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel ausgelöste Konflikt zwischen Israel und der Hamas wurde zu einem wichtigen Gesprächsthema mit Akteuren im Indo-Pazifik. Die Angriffe der Huthis auf Handelsschiffe im Roten Meer beeinträchtigen die Sicherheit der Handelsschifffahrt zwischen Europa und dem Indo-Pazifik. Deshalb setzen neben der EU und westlichen Partnern auch asiatische Staaten ihre jeweilige Marine zum Schutz der Handelsschifffahrt und Seewege in der Meerenge ein.

Dieser gestiegenen Komplexität trägt die deutsche Indo-Pazifik-Politik zur Wahrung der deutschen Interessen Rechnung. Daraus ergeben sich folgende Prioritäten für die Indo-Pazifik-Politik der Bundesregierung:

- Partnerschaften ausbauen: Staaten im Indo-Pazifik sind entscheidende Akteure für die Gestaltung des 21. Jahrhunderts. Die Bundesregierung teilt mit vielen von ihnen das zentrale Interesse an einer fairen internationalen Ordnung, in der das Völkerrecht respektiert, Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit geachtet und unterschiedliche Perspektiven und Interessen aufgrund eigener Entwicklungspfade miteinander in Einklang gebracht werden. Die Bundesregierung wird den Dialog mit Schlüsselpartnern - auch in der G20 - auf Grundlage des Völkerrechts zu internationalen Ordnungsthemen vertiefen. Dies beinhaltet die verstärkte Zusammenarbeit mit dem Verband Südostasiatischer Staaten (*Association of Southeast Asian Nations, ASEAN*).
- Europäisches Handeln stärken: Im zunehmenden geopolitischen und geostrategischen Wettbewerb kann Europa nur geeint seine Interessen wirkungsvoll vertreten. Die Bundesregierung wird darauf hinarbeiten, eine gemeinsame Indo-Pazifik-Politik weiter voranzutreiben, Ressourcen der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Indo-Pazifik stärker zu bündeln und dort das sicherheitspolitische Profil der EU zu stärken. Die Bundesregierung wird sich auch dafür einsetzen, europäische Vorhaben zur Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes stärker mit außenpolitischen Zielen der EU in Einklang zu bringen. Zudem wird sie weiterhin die EU-Initiative *Global Gateway* unterstützen, die auch im Indo-Pazifik mit vielen Projekten vertreten ist.
- Wirtschaftliche Diversifizierung vorantreiben: Im Einklang mit der Nationalen Sicherheitsstrategie und der China-Strategie fördert die Bundesregierung weiterhin eine ambitionierte Freihandelspolitik der EU im Indo-Pazifik. Um die Resilienz von Deutschlands globalen Lieferketten zu erhöhen und unsere Partner dabei zu unterstützen, nachhaltige lokale Wertschöpfung zu stärken, ist es zentral, die angestrebten Handelsabkommen mit Partnern der Region zügig zu verhandeln und abzuschließen. Die Bundesregierung strebt zudem ein interregionales Handelsabkommen zwischen der EU und ASEAN an. Auch darüber hinaus wird die Bundesregierung an weiteren Anreizen

25.09.2024

arbeiten, um mehr wirtschaftliche Diversifizierung zu befördern. Der Indo-Pazifik ist außerdem eine zunehmend wichtige Region für die Gewinnung von Fachkräften. Indien und südostasiatische Staaten stehen hier im Fokus. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, weitere Vereinbarungen zur Vermittlung von Fachkräften nach Deutschland zu schließen.

- Der Klimakrise entgegentreten: Im Indo-Pazifik befinden sich einige Staaten, die weltweit am meisten CO₂ emittieren. Die Klimakrise gefährdet Leben und Lebensgrundlagen von hunderten Millionen Menschen in der Region. Im Pazifik drohen ganze Staaten unbewohnbar zu werden oder zu verschwinden. Die Bundesregierung setzt sich für die Unterstützung gefährdeter Regionen und Menschen bei der Absicherung, Vorsorge und Anpassung an den Klimawandel ein und intensiviert ihre Unterstützung von Staaten im Indo-Pazifik, auch im Rahmen von Klima-, Entwicklungs- und Energiepartnerschaften und -dialogen, bei der Minderung klimaschädlicher Emissionen, beim Ausbau erneuerbarer Energien und beim Umgang mit klimawandelbedingten Verlusten und Schäden.
- Sicherheitskooperation ausbauen, Resilienz fördern: Um Partner im Indo-Pazifik bei der Bewältigung traditioneller Sicherheits Herausforderungen zu unterstützen, fördert die Bundesregierung eine offene, regelbasierte regionale Sicherheitsarchitektur und setzt sich dafür ein, Partner besonders im Bereich maritimer Sicherheit zu befähigen und zu ertüchtigen. Sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperationen mit Partnern in der Region baut die Bundesregierung aus und wird ihr entwicklungspolitisches Engagement noch stärker zum Ausbau von Resilienzen und Reduzierung von Abhängigkeiten im Indo-Pazifik einbringen.

Die Bundesregierung hält an ihrer Überzeugung fest, dass der Erhalt von Frieden und Wohlstand, eine gerechte Entwicklung für alle Menschen sowie die Bewältigung der Klimakrise nur durch inklusive Zusammenarbeit gelingen können. Deshalb tritt Deutschland einer Blockbildung im Indo-Pazifik entgegen und macht allen Staaten der Region Kooperationsangebote.

Zusammenfassung

Zu den wichtigsten Ergebnissen in der Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik gehören im **Berichtszeitraum September 2023 bis August 2024**:

- **Intensivierung der sicherheitspolitischen Kooperation:** Die Bundeswehr begann im Mai die bisher größte und komplexeste der jährlichen Entsendungen in die Region, dem *Indo-Pacific Deployment 2024 (IPD)*. Dabei vertieften Marine und Luftwaffe ihre verteidigungspolitischen Beziehungen mit Hafenbesuchen, bilateralen und multinationalen Übungen. Mit Japan schloss Deutschland ein Regierungsübereinkommen, das zukünftige Entsendungen der Bundeswehr nach Japan erleichtern wird. Deutschland trat dem *United Nations Command (UNC)* bei, das die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens auf der koreanischen Halbinsel überwacht.
- **Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen:** Zum 1. Mai 2024 trat das Freihandelsabkommen der EU mit Neuseeland in Kraft. Im Juli schlossen EU und Singapur die Verhandlungen zu einem Digitalhandelsabkommen ab. Die Außenwirtschaftsagentur des Bundes (Germany Trade and Invest, GTAI) hat in Singapur einen neuen Hub für Südostasien eröffnet. Für deutsche Unternehmen, die in Indonesien, Indien, Malaysia, den Philippinen, Thailand und Vietnam tätig sind, hat Deutschland die Konditionen seiner Investitions Garantien verbessert.
- **Hochrangiger politischer Austausch:** Bundespräsident Steinmeier, Bundeskanzler Scholz, Vizekanzler Habeck und Außenministerin Baerbock besuchten insgesamt 13 Staaten der Region. Mit der Mongolei vereinbarte Deutschland eine strategische Partnerschaft, mit Singapur arbeitet Deutschland auf eine strategische Partnerschaft hin.
- **Der Klimakrise begegnen:** Deutschland hat auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2023 (COP28) mit einer Zusage von 100 Millionen USD maßgebliche Starthilfe für den Fonds für Verluste und Schäden durch den Klimawandel geleistet. Der deutsch-chinesische Klima- und Transformationsdialog tagte im Juni 2024 erstmals in Peking.
- **Ausbau des Profils der Europäischen Union:** Die EU wurde Dialogpartner der Regionalorganisation *Indian Ocean Rim Association* und schloss mit dem ‚Samoa-Abkommen‘ eine langfristige Partnerschaft mit den Staaten Afrikas, der Karibik und der pazifischen Inseln. Die EU organisierte am 25. und 26. Oktober 2023 das erste Forum der Konnektivitätsinitiative *Global Gateway* mit 40 Delegationen aus aller Welt, darunter 20 auf Ebene Staatsoberhaupt bzw. Regierungschefin oder -chef.
- **Gewinnung von Fachkräften:** Südostasien und Indien sind wichtige Zielregionen zur Fachkräftenwerbung. Mit Vietnam hat Deutschland eine Absichtserklärung zur Fachkräftemigration unterzeichnet. Mit den Philippinen arbeitet Deutschland an einem Migrations- und Mobilitätsabkommen.

Fortschritte in den einzelnen Handlungsfeldern

1. Multilateralismus stärken

1.1. EU-Strategie für Kooperation im Indo-Pazifik und ihre Umsetzung

Am 1. und 2. Februar 2024 fand in Brüssel das dritte **EU-Indo-Pazifik-Ministerforum** statt, an dem 74 Staaten und Institutionen teilnahmen. Dies unterstreicht die Bedeutung des Forums als wichtigste Austauschplattform zwischen beiden eng miteinander verwobenen Regionen. Deutschland rief einen regelmäßigen Austausch der Indo-Pazifik-Beauftragten aus EU-Mitgliedstaaten und Europäischem Auswärtigem Dienst ins Leben.

Im Oktober 2023 wurde die EU als Dialogpartner der Regionalorganisation **Indian Ocean Rim Association** angenommen. Am 15. November 2023 schloss die EU in Samoa eine langfristige Kooperationspartnerschaft mit den Staaten Afrikas, der Karibik und der pazifischen Inseln. Dieses **Samoa-Abkommen**, das seit dem 01. Januar 2024 vorläufig angewandt wird, löst das Cotonou-Abkommen ab und setzt einen modernen Rahmen für die Beziehungen der EU mit den drei Regionen, ergänzt durch Regionalprotokolle. Die EU hat beschlossen, **Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften** mit Japan und Südkorea anzustreben und schärft damit ihr sicherheitspolitisches Profil im Indo-Pazifik.

1.2. Ausweitung der Partnerschaft mit dem Verband Südostasiatischer Staaten (*Association of Southeast Asian Nations, ASEAN*)

Am 2. April 2024 fand in Brüssel das **EU-ASEAN-Außenministertreffen** statt. Die teilnehmenden Staaten einigten sich auf eine substanzreiche Gemeinsame Erklärung. Im März 2024 besuchte die ASEAN-Freundschaftsgruppe des Bundestages Brunei, Malaysia und Singapur. Am 16. Mai 2024 stellte der Bundestag einen Antrag auf Beobachterstatus in der ASEAN Interparlamentarischen Vereinigung (*ASEAN Inter-Parliamentary Assembly, AIPA*). Deutschland arbeitete thematisch breit mit ASEAN zusammen, u.a. zur Stärkung des ASEAN-Sekretariates und des ASEAN-Zentrums für Humanitäre Hilfe (*ASEAN Coordinating Centre for Humanitarian Assistance on Disaster Management*) in Jakarta, zu Sicherheits-, Wirtschafts- und Energiepolitik und zu ASEAN-geführten Initiativen zu Vertrauensbildung sowie zum Seevölkerrecht. Dafür stellte Deutschland insgesamt Mittel in Höhe von 22,6 Millionen Euro zur Verfügung.

1.3. Internationale Kooperationen

Der deutsche Botschafter in Suva/Fidschi ist seit dem 1. September 2023 auch **Sonderbotschafter für die pazifischen Inselstaaten** und vertieft so die Beziehungen zum Pazifische Inseln Forum (*Pacific Islands Forum*, PIF). Beim PIF-Gipfel im November 2023 auf den Cookinseln war Deutschland erstmals hochrangig vertreten. Deutschland engagierte sich bei der Initiative **Partners in the Blue Pacific** und förderte Projekte zur Vorhaltung von Hilfsgütern für Katastrophenfälle sowie Cyberthemen. Deutschland unterstützt die Beitrittsanträge von Indonesien und Thailand zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (*Organisation for Economic Co-operation and Development*, OECD) und wird die Beitrittsverfahren eng begleiten.

2. Dem Klimawandel entgegentreten und die Umwelt schützen

2.1. Klima-, Energie- und Entwicklungspartnerschaften

Im November 2023 erfolgten weitere Zusagen in Höhe von rund 1 Milliarde Euro – größtenteils als Kredite – für die **deutsch-indische Partnerschaft für grüne und nachhaltige Entwicklung**. Damit sollen u.a. emissionsarme Mobilität und Klimaanpassungsmaßnahmen gefördert werden. Im Juni 2024 fand erstmals der 2023 vereinbarte **deutsch-chinesische Klima- und Transformationsdialog** in Peking statt. Die **deutsch-australische Energiepartnerschaft** wurde um das Thema Schutz kritischer Energieinfrastruktur erweitert.

2.2. Ausbau von Klimarisikofinanzierung

Auf der COP28 im Dezember 2023 wurde der **Fonds für Verluste und Schäden durch den Klimawandel** (*Loss and Damage Fund*) eingerichtet. Mit diesem Fonds sollen Länder unterstützt werden, die nicht zu den Hauptverursachern des Klimawandels gehören, aber besonders unter seinen Folgen leiden. Deutschland hat mit einer ersten Mittelzusage von 100 Millionen USD wichtige Starthilfe geleistet. Mit 10 Millionen Euro unterstützt Deutschland den **regionalen Risikopool** für die pazifischen Inselstaaten (*Pacific Catastrophe Risk Insurance Company*), der als Teil des **Globalen Schutzschilds gegen Klimarisiken** eingerichtet wurde.

2.3. Internationale Klimaschutzinitiative

Im Berichtszeitraum wurde die Finanzierung von elf Vorhaben der **Internationalen Klimaschutzinitiative** (IKI) i.H.v. mehr als 19,2 Millionen Euro bewilligt, mit denen Deutschland Partner im Indo-Pazifik unterstützt; darunter Projekte zur Minderung klimaschädlicher Emissionen und Anpassungsprojekte, z.B. zur Förderung der Resilienz in Thailand und der Biodiversität in Indien. Im September 2023 wurde ein Globalvorhaben i.H.v. 19,9 Millionen Euro bewilligt, das auch im Indo-Pazifik Vorhaben zu kohlenstoffarmen urbanen Infrastrukturinvestitionen umsetzt. Das in Vorbereitung befindliche IKI-Projekt **BOLD Response** zur Stärkung der Resilienz pazifischer Inselstaaten gegen klimabedingte Verluste und Schäden spiegelt den deutschen Beitrag zur indischen *Indo-Pacific Oceans Initiative* (IPOI) wider.

2.4. Unterstützung gegen den Klimawandel

Über den **Regionalen Pazifik NDC Hub** (*Nationally Determined Contributions, NDC*) unterstützte Deutschland pazifische Inselstaaten bei Machbarkeitsstudien oder Investitionsplänen für ihre nationalen Klimabeiträge, z.B. zur Wasserversorgung in Tuvalu. Das Globalvorhaben **Menschliche Mobilität im Kontext des Klimawandels** startete im Dezember 2023 in eine neue Phase. Deutschland stärkt damit die Zusammenarbeit u.a. mit Fidschi, um freiwillige Umsiedlung von vom Klimawandel bedrohten Gemeinschaften menschenwürdig zu gestalten.

2.5. Wald-, Meeres- und Biodiversitätsschutz

Deutschland und das ASEAN-Sekretariat kooperierten im Vorhaben **3RproMar**, um gegen zunehmende Meeresvermüllung vorzugehen. Pilotstandorte sind in Kambodscha, Indonesien, Vietnam und den Philippinen. Das Projekt gründete im Mai 2024 eine **regionale Wissenspartnerschaft zur Prävention von Meeresvermüllung** in der ASEAN-Region. In Vietnam wurde die klimaresiliente, biodiversitätserhaltende Bewirtschaftung des Mekong-Deltas gefördert.

3. Frieden, Sicherheit und Stabilität stärken

3.1. Sicherheitspolitischer Beitrag zur regelbasierten internationalen Ordnung

Von Mai bis November 2024 führen die Fregatte *Baden-Württemberg* und der Einsatzgruppenversorger *Frankfurt am Main* das **Indo-Pacific Deployment 2024** (IPD24) der Deutschen Marine durch. Dabei beteiligten sie sich im Berichtszeitraum u.a. an der multinationalen Großübung *Rim of the Pacific* (RIMPAC) vor Hawaii und an der Überwachung der Sanktionen des VN-Sicherheitsrats gegen Nordkorea im Rahmen des *Pacific Security Maritime Exchange* (PSMX). Parallel verlegte die Luftwaffe gemeinsam mit Spanien und Frankreich im Rahmen von IPD24 von Juni bis August in den Indo-Pazifik. Durch die Planung und Führung der multinationalen Übung *Arctic Defender* in Alaska und die Teilnahme an den Übungen *Nippon Skies* in Japan, RIMPAC, *Pitch Black 24* in Australien sowie *Tarang Shakti* in Indien vertiefte die Luftwaffe die Zusammenarbeit mit engen Partnern im Indo-Pazifik.

Deutschland verstetigt sein multilaterales Engagement zur **Überwachung der VN-Sanktionen gegen Nordkorea**. Hierfür wurde neben dem Verbindungsoffizier zum *Information Fusion Center* in Singapur zum 1. Juni 2024 ein Verbindungsoffizier-Dienstposten für die **Enforcement Coordination Cell** (ECC) in Yokosuka/Japan geschaffen. Zudem ist Deutschland im August 2024 dem **United Nations Command** (UNC) beigetreten, das das Waffenstillstandsabkommen auf der koreanischen Halbinsel überwacht. Seit 23. Februar 2024 beteiligt sich Deutschland an der **EU-Operation EUNAVFOR ASPIDES** zum Schutz der Freiheit der Seewege im Roten Meer, der zentralen Verbindungssachse zwischen Asien und Europa.

3.2. Stärkung der sicherheitspolitischen Resilienz von Partnern

Seit 2023 ist der Indo-Pazifik Partnerregion der **Ertüchtigungsinitiative** der Bundesregierung. Die Projektaktivitäten zur Stärkung der Fähigkeiten der Sicherheitskräfte der Partner wurden intensiviert. Deutschland unterstützte die Küstenwachen der Philippinen und Malaysias besonders zur verbesserten Seeraumüberwachung. Zudem wurden Pilotprojekte mit Malaysia, Indonesien und Vietnam zur Entwicklung militärischer Fähigkeiten angestoßen, insbesondere in den Bereichen Sanitäts- und Pionierwesen und VN-Friedenssicherungsausbildung.

3.3. Ausbau der verteidigungs- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit

Das **Regierungsübereinkommen über die gegenseitige Bereitstellung von Sach- und Dienstleistungen** zwischen der Bundeswehr und den Selbstverteidigungsstreitkräften Japans (*Acquisition and Cross-Servicing Agreement, ACSA*) trat am 12. Juli 2024 in Kraft und erleichtert künftig Verlegungen der Bundeswehr nach Japan. Zum Ausbau der Forschungsk Kooperation mit Australien wurde am 28. November 2023 eine **Absichtserklärung zu Verteidigungswissenschaft und -technologie** gezeichnet.

Nach zehn Jahren hat Deutschland im Januar den **verteidigungspolitischen Dialog** mit den Philippinen wieder aufgenommen. Beim Besuch von Verteidigungsminister Pistorius am 4. und 5. August 2024 vereinbarten beide Seiten, ein Abkommen zur Sicherheitszusammenarbeit zu schließen. Mit Fidschi begann eine militärpolitische Zusammenarbeit im September 2023. Beim **strategischen Dialog der Verteidigungsministerien** mit Indien im Januar 2024 wurde die weitere Intensivierung des Austauschs beschlossen. Am 1. Juni 2024 indossierte Deutschland mit europäischen und indopazifischen Partnern eine **Grundsatzerklärung zum Ausbau der Rüstungskoope ration im Indo-Pazifik**. Mit Singapur wurde der Dialog u.a. zu **Cybersicherheit** intensiviert.

3.4. Stabilisierung

Ein Schwerpunkt des deutschen Stabilisierungs-Engagements im Indo-Pazifik lag auf der Ausweitung des **deutschen und europäischen Sicherheitsdialogs** mit Partnern durch das EU-Projekt *Enhancing Security Cooperation in and with Asia* (ESIWA). In Myanmar förderte Deutschland durch das Projekt *Dialogue and Consensus Building* die Dialogbildung innerhalb der Opposition und den Aufbau föderaler Selbstverwaltung. Deutschland blieb in den **Friedens- und Versöhnungsprozessen** auf den Philippinen, in Sri Lanka und Nepal sowie mit einem regionalen Mediationsprojekt zu maritimen Konflikten mit Klimabezug im Golf von Bengalen engagiert.

3.5. Stärkung der bilateralen Beziehungen

Bundespräsident Steinmeier reiste im Januar 2024 nach Vietnam und Thailand sowie anlässlich des 50. Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Februar 2024 zu einem Staatsbesuch in die Mongolei, in dessen Rahmen eine **Strategische Partnerschaft** vereinbart wurde. Bundeskanzler Scholz besuchte Indien und China, Vizekanzler Habeck Südkorea und

25.09.2024

China, Außenministerin Baerbock Japan, die Philippinen, Malaysia, Singapur, Australien, Neuseeland und Fidschi. Der nepalesische und der philippinische Staatspräsident, die Premierminister der Cookinseln, von Japan, Malaysia und Thailand, sowie der damals stellvertretende, mittlerweile Premierminister Singapurs besuchten Deutschland im Berichtszeitraum.

Deutschland und Singapur vereinbarten, auf die Aufwertung der bilateralen Beziehungen zu einer **strategischen Partnerschaft** hinzuarbeiten. Im Dezember 2023 wurde die **Strategie zur deutschen Entwicklungspolitik mit Asien** durch Entwicklungsministerin Schulze veröffentlicht. Mit dieser Strategie werden thematische Leitplanken für die zukünftige entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Asien festgelegt.

4. Für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit eintreten

4.1. Menschenrechte und Rechtsstaatskooperation

Deutschland setzt sich für die Einhaltung des Völkerrechts inklusive der Menschenrechte im Indo-Pazifik ein. Im Dezember 2023 verliehen Deutschland und Frankreich den **Deutsch-französischen Menschenrechtspreis** an die LGBTIQ+-Aktivistin Valery Wichman aus den Cookinseln. U.a. in den Philippinen förderte Deutschland Projekte zu Frauen-, LGBTIQ+- und Indigenenrechten. In Indien lag der Fokus auf Geschlechtergleichstellung, in Nepal auf der Unterstützung weiblicher Bürgerkriegsopfer. Mit Übernahme des Co-Chairs der *Equal Rights Coalition* (ERC) hat sich Deutschland gemeinsam mit Mexiko für den Beitritt Thailands zur ERC eingesetzt. Thailand trat der ERC im Juli 2024 bei.

Im Rahmen des **deutsch-vietnamesischen Rechtsstaatsdialogs** förderte Deutschland Projekte, u.a. zum Zugang zur Justiz und Korruptionsbekämpfung. Die Zusammenarbeit mit Japan im Rechtsdialog mit regelmäßig stattfindenden **Deutsch-Japanischen Rechtssymposien** wurde auf hohem Niveau fortgeführt. Mit Taiwan wurde der Dialog u.a. im Bereich der Rechtshilfe in Strafsachen fortgesetzt. Beim G7-Justizministertreffen unter japanischem Vorsitz wurde 2023 das **Next Leaders Forum** als Dialogformat der G7 mit ASEAN-Staaten im Rechts-/Justizbereich etabliert. Deutschland nahm am ersten Forum in Tokyo teil (25. Juni bis 2. Juli 2024).

4.2. Humanitäre Hilfe

Deutschland förderte in Myanmar und Bangladesch humanitäre Projekte mit rd. 19 Millionen Euro. In Pakistan unterstützte Deutschland die in Folge der Sturzfluten 2022 beeinträchtigten Menschen u.a. mit Basisgesundheitsdiensten, Sanitärversorgung und Ernährungshilfen i.H.v. rund 184 Millionen Euro. Deutschland war 2023 mit 100 Millionen Euro größter Geber des Zentralen Nothilfefonds der Vereinten Nationen (CERF). Durch CERF wurden z.B. Notunterkünfte in Vanuatu für von Wirbelstürmen betroffene Menschen gebaut, in Timor Leste Präventivmaßnahmen zur Linderung der Folgen von Naturkatastrophen. In

25.09.2024

Kambodscha, Laos und Sri Lanka förderte Deutschland humanitäres Minen- und Kampfmittelräumen mit mehr als 3 Millionen Euro.

4.3. Gesundheitskooperation

Gesundheitsminister Lauterbach hat sich am 27. Mai 2024 im Rahmen der Weltgesundheitsversammlung erneut dafür eingesetzt, Taiwan in die fachliche Arbeit der Weltgesundheitsorganisation (*World Health Organization, WHO*) enger einzubinden. Mit Indien führte die Bundesregierung Gespräche über die **Regulierung von Arzneimitteln**. Mit Indonesien wurden bestehende Hochschulkooperationen, u.a. zum Aufbau eines Krebszentrums und zur Impfkoooperation, fortgeführt.

5. Freihandel stärken

5.1. Diversifizierung, Freihandels- und Investitionsschutzverhandlungen, Unterstützung des Engagements deutscher Unternehmen

Am 1. Mai 2024 trat das **Freihandelsabkommen** zwischen der EU und Neuseeland in Kraft. Die EU-Kommission geht davon aus, dass der europäisch-neuseeländische Handel um bis zu 30 Prozent steigen wird. Im März 2024 wurde die Wiederaufnahme von Freihandelsverhandlungen zwischen der EU und den Philippinen beschlossen. Die Freihandelsverhandlungen der EU mit Indien, Indonesien und Thailand wurden im Berichtszeitraum fortgesetzt. Verhandlungen mit Singapur über ein **Digitalhandelsabkommen** wurden im Juli erfolgreich abgeschlossen.

Im März 2024 eröffnete die Außenwirtschaftsagentur des Bundes **Germany Trade and Invest (GTAI)** ein **Büro in Singapur** als Hub für Südostasien. Im Mai 2024 tagte erstmals der **deutsch-indonesische Gemeinsame Wirtschafts- und Investitionsausschuss** in Berlin. Die zweite Sitzung der **Gemischten deutsch-philippinischen Wirtschaftskommission** fand im März 2024 in Manila statt. Im Januar 2024 schloss die Bundesregierung mit den Philippinen eine Absichtserklärung zur Entwicklung der Seeverkehrsbeziehungen. Seit Herbst 2023 nimmt die Bundesregierung deutsche Direktinvestitionen in Indien, Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Thailand und Vietnam zu vergünstigten Konditionen in Deckung.

5.2. Erweiterte Möglichkeiten der Fach- und Arbeitskräftemigration

Im Indo-Pazifik sieht die Bundesregierung besonders in Indien, Indonesien und den Philippinen großes Potenzial für die Fachkräfteeinwanderung. Deutschland hat in Indien und den Philippinen sein Qualitätssiegel **Faire Anwerbung Pflege Deutschland** und das Konzept der Transnationalen Ausbildungspartnerschaften (*Global Skills Partnerships, GSP*) eingeführt. Die Terminwartezeit zur Visumantragstellung in Indien in den relevanten Kategorien wurde auf null gesenkt. Dies dient auch der Umsetzung des deutsch-indischen Migrationsabkommens. Im Januar 2024 unterzeichnete die Bundesregierung eine **Absichtserklärung zur Fachkräfte-Migration** mit Vietnam. Auf den Philippinen stiegen die Zahlen privater Anwerbung von Pflegekräften weiter; die ersten philippinischen Pflegekräfte

25.09.2024

reisten im Berichtszeitraum in Deutschland ein. Die im März 2024 begonnenen Verhandlungen mit den Philippinen über ein **Migrations- und Mobilitätsabkommen** werden fortgeführt. Die Bundesregierung bereitet die Einrichtung eines **Zentrums für Migration und Entwicklung** in Indonesien vor, das u.a. Beratungen zu Möglichkeiten regulärer Migration anbieten soll.

6. Räume und Märkte regelbasiert vernetzen und digital transformieren

6.1. EU-Konnektivitätsinitiative *Global Gateway*

Am 26. und 27. Oktober 2023 fand das erste **Global Gateway Forum** statt. Es wurden neue Projekte im Wert von über 3 Milliarden Euro unterzeichnet. *Global Gateway* fördert u.a. in Bangladesch den Ausbau erneuerbarer Energien mit 400 Millionen Euro und die Chilime-Trishuli-Hochspannungsleitung in Nepal, die am 17. Mai 2024 eingeweiht und deren Bau mit 14 Millionen Euro maßgeblich von Deutschland bezuschusst wurde. Am Rande des Forums tagte das Gremium *Business Advisory Group* zum Austausch zwischen EU-Kommission und Privatwirtschaft erstmals auf Vorstandsvorsitzenden-Ebene. 16 der am 29. November 2023 verkündeten **Global-Gateway-Leuchtturmprojekte** für 2024 sind in Asien-Pazifik, darunter Smart Grid-Technologie in Thailand, eine Bildungspartnerschaft für digitale Jobs in Kambodscha und Hafententwicklung in Malaysia und Papua-Neuguinea.

6.2. Digitale Transformation

Über die **Digitaldialoge** mit Indien, Japan, Korea und Indonesien bestand im Berichtszeitraum enge Zusammenarbeit zu digitalpolitischen Fragen. Deutsche **Digitalzentren** in Indonesien und Kambodscha arbeiteten intensiv mit regionalen Akteuren und dem Privatsektor zusammen. Mit den Digitalzentren werden u.a. digitale Fähigkeiten von Frauen gefördert und die Herstellung von Textilprodukten mit Digitaltechnologien wie dem Einsatz von intelligentem Wassermanagement umweltfreundlicher gestaltet.

6.3. Nachhaltige Stadtentwicklung und Kreislaufwirtschaft

Zur Fortführung der **deutsch-indischen *Green Urban Mobility Partnership*** stellte Deutschland zusätzliche 100 Millionen Euro zur Verfügung. Die von Deutschland kofinanzierte **C40 Cities Finance Facility (CFF)** unterstützte die Stadtverwaltungen Jakartas und Kuala Lumpurs in der Projektvorbereitung u.a. von Photovoltaiksystemen und dem vermehrten Einsatz von Elektrobussen. Deutschland förderte die Einführung von Kreislauf-/Abfallwirtschaftssystemen in Indonesien. Die Plattform **PREVENT Waste Alliance** faziilitierte den Austausch relevanter Partner u.a. aus Indonesien, Vietnam, Indien, China und Thailand zu kreislaufwirtschaftlichen Innovationen.

7. Menschen über Kultur, Bildung und Wissenschaft zusammenbringen

7.1. Dialog stärken

Sowohl das **Deutsch-Japanische** als auch das **Deutsch-Koreanische Forum** erarbeiteten bei ihren jeweiligen Sitzungen im November 2023 Empfehlungen zur Stärkung der bilateralen Beziehungen. Im Dezember vereinbarten das Deutsche Institut Taipei und die Taipei-Vertretung in Berlin die Gründung der **deutsch-taiwanischen Dialogplattform**. Sie soll den lebendigen zivilgesellschaftlichen Austausch befördern. Die Plattform tagte erstmals vom 13. bis 15. Mai 2024 in Berlin.

7.2. Kulturelle Zusammenarbeit

Deutschland unterstützt Tuvalu mit dem Aufbau einer Online-Plattform zur Digitalisierung seines materiellen und immateriellen **Kulturerbes**. Im März 2024 erfolgte die **Rückgabe von menschlichen Überresten** an Palau durch die Universität Göttingen und das Grassi-Museum Leipzig. Im Mai 2024 kehrten im Beisein von Außenministerin Baerbock vier Artefakte der Gemeinschaft der Kurna aus Deutschland an ihren Ursprungsort in Australien zurück. Im Juli 2024 gab Deutschland einen historischen Bugstevan an Samoa zurück. Im Bereich **Gaming und E-Sports** erreichten verschiedene deutsch-japanische Aktivitäten über 2 Millionen - vor allem junge - Menschen.

7.3. Wissenschafts- und Forschungskooperationen

In Japan wurde im September 2023 die zweite bilaterale Forschungspräsenz im Bereich Technologien zu **Grünem Wasserstoff** eröffnet. Die Forschungskooperation zu Grünem Wasserstoff mit Australien wurde mit der Initiative HyGATE ausgeweitet, nachdem Vorabstudien die Wirtschaftlichkeit von Importen aus Australien bestätigt haben. Hierfür wurden weitere 50 Millionen AUD und 40 Millionen Euro bereitgestellt. Im Mai 2024 wurde das 50-jährige Bestehen des **deutsch-indischen Abkommens zur wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit** in einer Veranstaltung gewürdigt. Mit deutscher Unterstützung wurde im Technologischen Institut in Neu-Delhi (*Indian Institute of Technology, IIT, Delhi*) das **Exzellenzzentrum für Anpassung an den Klimawandel** eingerichtet. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und die *Indo-German Global Academy for Agroecology Research and Learning* vereinbarten, zu Klimawirkungen agrarökologischer Praktiken in Indien zu forschen.

Im Rahmen der Forschungskooperation mit Taiwan starteten im November 2023 drei von Deutschland mit ca. 6 Millionen Euro geförderte Verbundforschungsvorhaben zur **Batterie-forschung**. Mit Thailand unterzeichnete Deutschland im April 2024 eine Absichtserklärung zur Stärkung der **Forschungs- und Innovationskooperation**. Das Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI) und das *New Zealand Antarctic Institute* vereinbarten im Mai 2024 künftige gemeinsame Forschungsaktivitäten in der **Antarktis**.